

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsintrate kosten pro Bille 25 Pf. — Geschäftsintrate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmelshäuser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Der alte Standpunkt.

Je länger der Krieg dauert, um so stärker wirkt er auf die Gemütsstimmung der Zeitgenossen ein, auf die der unmittelbar von den Kriegsvorgängen betroffenen natürlich am mächtigsten. Wenn auch keines der beteiligten Völker anders als Sieger aus dem schrecklichen Ringen hervorgehen will, so ist doch der Kriegsruch mächtig abgeflaut, und bis sehr weit hinein in die Kreise jener Volksgenossen, die den Krieg zwar als ein Uebel, aber irrtümlich als ein „leider notwendiges“ ansehen, finden die Argumente der Weltfriedensfreunde verständnisvollen Anklang. Was wir schon zu Beginn des Krieges schrieben, nämlich, wir hofften, daß „dieser Krieg der letzte“ sei unter Kulturvölkern, das hoffen heute mit uns zahllose Leute, die vor diesem Kriege über die „Weltfriedensströmer“ spöttelten oder gar schimpften. Der Krieg ist ein furchtbarer Lehrmeister!

Dem scheint Italien zu widersprechen. Ohne von irgend einem Feinde bedroht zu sein, hat es sich in die Kriegsgrenze gestürzt. Und wenn auch eine Gruppe der Sozialisten und einige wenige bürgerliche Politiker sich diesem Wahnsinn entgegenstemmen, der Nationalismus in seiner extremsten Form hat sich die Herrschaft über die gewaltige Mehrheit des unglücklichen italienischen Volkes zu verschaffen gewußt, trotzdem dieses Volk zehn Monate lang sah und lernen konnte, was für ein Schrecknis der völkervernichtende Krieg ist.

Das italienische Volk wird nun erst am eigenen Leibe fühlen, welche entsetzlichen Wunden der Krieg schlägt. Dann wird auch jenseits der Alpen die Stimme der Vernunft die chauvinistische Hege wieder überbönen. Im August 1914 konnten die italienischen Gewerkschaften und Sozialisten mit Aussicht auf Erfolg einen Massenaufstand anführen, wenn die italienische Regierung ihre Soldaten für Oesterreich und Deutschland marschieren ließ. Im Mai 1915 aber hatte die chauvinistisch-kapitalistische Kriegspartei unter der Parole: „Erlösung der Italiener in Oesterreich!“ die Gewalt über das Parlament und der Kriegspöbel die Herrschaft auf der Straße bekommen. Nun — so schreibt die in Italien lebende Sozialistin Balabanow der deutschen Sozialistenpresse — mußten die Gewerkschaften und Sozialisten von dem längst angekündigten Anti-Kriegsstreifzug Abstand nehmen, weil er gänzlich verpufft wäre. Und das nach zehn Monaten eines furchtbar zerstörenden Krieges, und das angesichts der auch von dem Zentralblatt der italienischen Sozialisten stark betonten Tatsache, daß Italien frivol einen Angriffskrieg inszenierte! Daß unter gleichen Umständen mindestens die demokratischen Sozialisten in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, England usw. Kriegskrediten abgelehnt hätten — wie es die „offiziellen“ italienischen Sozialisten und ein Teil der bürgerlichen Parlamentarier taten — versteht sich von selbst. Darum kann Italien nur zum Vergleich mit den anderen nun kriegsführenden Ländern herangezogen werden, wenn man an einem weltgeschichtlichen Beispiel zeigen will, wie selbst, wenn die Tatsache eines frivolen Angriffskrieges unstrittig ist, doch eine frubellose chauvinistische Herrschaft das gesunde Nationalempfinden eines Volkes zur chauvinistischen Mascherei aufspeitschen kann.

Schade, daß Eduard David, eines der angesehensten Mitglieder der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Kriegsteilnahme Italiens nicht mehr in seinem kürzlich erschienenen Buche: „Die Sozialdemokratie im Weltkriege“ mitbehandeln konnte. Seine sehr lehrreiche Beweisführung wäre um ein sehr wertvolles Stück bereichert worden. Davids Buch hebt sich aus einer Unmasse Kriegsliteratur hervor durch eine ruhige Darstellungsweise, die auch den Gegnern gerecht wird, ihnen nicht einfach „alle Schuld“ aufbürdet, sondern die mittelbaren und die unmittelbaren Ursachen des weltgeschichtlichen Völkerringens, dessen Miterlebende wir sind, so sachlich, wie das überhaupt in dieser aufgeregten Zeit möglich ist, aufdeckt und erläutert. Wir können unseren Gewerkschaftsgenossen nur dringend raten, das Buch Davids aufmerksam zu lesen, weil es auch in lichtvoller Weise die weltwirtschaftlichen Anlässe zu dem Kriege schildert und dabei die Erfordernisse der deutschen Volkswirtschaft vom Standpunkt eines deutschen Volkswirtes erörtert.

Unbegreiflich ist es uns, wie Karl Kautsky aus dem Davidschen Buche eine „Erstverwertung der internationalen Verständigung“ herauslesen und dies sogar in einem von mehreren Zeitungen veröffentlichten Artikel behaupten kann. Ein Vergleich dieses Artikels mit den betreffenden Stellen in dem Buche ergibt, daß Kautsky einige Sätze sinnentstellend aus dem Zusammenhang gerissen oder der Tendenz des Buches entgegen gedeutet hat! Wir bedauern das von einem Manne von der geistigen Bedeutung Kautskys und um der großen Verdienste willen, die er sich um die Auf-

klärung der Arbeiterschaft erworben hat. Wir bedauern das aber vor allen Dingen, weil Kautskys Artikel, der natürlich bedeutend mehr auch im Auslande verbreitet wird wie das Buch Davids, entgegen dessen tatsächlicher Absicht die Verständigung erschwert. Allerdings ist dieser Akt nicht annähernd so schlimm, wie z. B. der schandbare Artikel eines „deutschen“ Namenlosen in der „Berliner Tagwacht“ vom 8. Juni, der gar keinen anderen Effekt als eine Verlängerung des Krieges haben kann. So wie in dem Artikel der „Berliner Tagwacht“ gewirtschaftet wird gegen Deutschland, kann nur ein Wahnsinniger glauben, damit der Friedensidee zu dienen.

David verlangt einfach vom Auslande, daß es den deutschen Standpunkt ebenso gerecht würdigt, wie er die Gründe und Gegengründe der Ausländer sachlich nach Maßgabe des vorliegenden Tatsachenmaterials prüft. Das ist der alte demokratische Standpunkt, der das Völkerrecht nicht nach angemachten Vorrechten irgend eines „Herrenvolkes“ beurteilt. Das ist der alte Standpunkt, den auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ eingenommen hat und einnimmt, indem sie die Pflicht der Landesverteidigung betont, die ausländischen Landesverteidiger nicht beschimpft, sich im unabweisbaren Sinne der offiziösen deutschen Regierungskundgebung beim Kriegsbeginn gegen die feindliche Macht, besonders gegen Deutschland aufspeitschende Treiben völlig unverantwortlicher Eroberungskriegspolitik wendet, weil gerade hierdurch unsere Situation in diesem ungeheuren Kampf um die staatliche Geltung unseres Heimatlandes außerordentlich erschwert wird. Diesen Standpunkt halten wir fest, wir sind überzeugt, daß wir damit das wahre Interesse Deutschlands wahrnehmen und der Menschlichkeit dienen.

Unterlassen möchten wir nicht, solche unserer Leser, die das törichte Geschwätz von dem „Zusammenbruch der Internationale durch die Politik des 4. August 1914“ für bare Wahrheit nehmen sollten, auf das Davidsche Buch ganz besonders aufmerksam zu machen. Hier wird an Hand der Protokolle und Beschlüsse der älteren und neueren nationalen und internationalen Sozialistenkongresse der dokumentarische Nachweis erbracht, daß keine sozialistische Partei, die angesichts und während eines Krieges alles unterläßt, was die staatliche Geltung ihres Heimatlandes gefährden kann, darum des „Verrats an der Internationale“ angeklagt werden kann! Der Vorschlag, gegen den Krieg Waffenstreiks und während eines Krieges Volksaufstände zu inszenieren, wurde gemacht und begründet auf dem internationalen Kongreß zu Brüssel 1891 von — dem Anarchisten Domela Nieuwenhuis! Er erklärte, die Arbeiter hätten kein Vaterland, darum auch keine Pflicht zur Vaterlandsverteidigung, es sei gleichgültig, welche nationale Herrenkaste sie ausbeute usw.

Diesem anarchitischen Gerede trat unter donnerndem Beifall des Kongresses Wilhelm Liebknecht scharf entgegen und nannte es eine „lächerliche Phrase!“ Vor der Herrschaft dieser Phrase sollten sich die Arbeiter hüten, sonst machten sie sich vor der Bourgeoisie lächerlich!

So sprach der alte Liebknecht; ähnlich sprachen auf anderen Kongressen und im Reichstag andere von den ältesten Sozialistenführern Deutschlands, August Bebel, Ignaz Auer, Georg v. Vollmar usw.; ähnlich und noch schärfer die anarchosyndikalistische „Nationslosigkeit“ zurückweisend, ausdrücklich die allgemeine Landesverteidigungspflicht betont, haben sich zahlreiche sozialistische Wahlflugblätter und Wahlreden ausgesprochen. Hätte sich die sozialistische Reichstagsfraktion anders als am 4. August verhalten, dann erst würde sie die älteren und neueren programmatischen Parteierklärungen und Parteibeschlüsse mißachten und vor der Welt den Kopf stecken! Indem die Reichstagsfraktion sich in der Stunde der Gefahr nicht absetzte, stellte oder gar gegen die anderen Volksgenossen wandte, wahrte sie den alten Standpunkt und überließ es den bewußten oder unbewußten Nachbarn Domela Nieuwenhuis, zum Anarchosyndikalismus „umzulernen“.

Daß sich unter den Leuten, die dieses „Umlernen“ befürworten, gerade solche befinden, die sich seit Jahren bemühen, auch die Gewerkschaftsarbeit vom „höheren Gesichtspunkt“ aus zu verkleinern, kann uns erst recht nicht veranlassen, das Umlernen zum Anarchosyndikalismus mitzumachen. Wir bleiben bei unserem alten Standpunkt und sind sicher, so der heiligen Sache des Weltfriedens und damit den Interessen des arbeitenden Volkes am besten zu dienen.

ab, ob die Geschlossenheit des deutschen Volkes erreicht wurde, die die wichtigste Vorbedingung der erfolgreichen Abwehr der aus Nord und Ost und Süd und West anstürmenden Feinde bildet. Die Arbeiterorganisationen sind es, die auf dem Gebiete der Kriegsvorbereitung unschätzbare Dienste geleistet haben und tatächlich leisten. Aber mehr noch ist den Arbeitern und ihren Organisationen als Guthaben zu buchen.

Wenn die große Masse der deutschen Krieger heute eine verhältnismäßig hohe körperliche und geistige Leistungsfähigkeit aufweist, die es ermöglicht, eine zahlenmäßige gegnerische Übermacht zurückzuwerfen, so haben die deutschen Arbeiter dazu den Grund gelegt. Ohne die seit einem halben Jahrhundert geführten Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne die Wirkungen der deutschen Sozialpolitik für den deutschen Arbeiter, ohne die Kräfte nicht zur Verfügung, mit denen sie die siegreichen Schlachten schlugen. Die deutsche Sozialpolitik ist nun gewiß noch sehr des Ausbaues be-

dürftig, was aber auf diesem Gebiet erreicht wurde, ist auf den Druck der deutschen Arbeiterbewegung zurückzuführen.

In allen sozialpolitischen Kämpfen der vergangenen Jahre ist von den Vertretern der Arbeiterschaft geltend gemacht worden, daß die Schonung der Lebenskraft, die Gesunderhaltung, die ausreichende Ernährung der Arbeiterklasse insbesondere auch der Stärke der Wehrkraft diene. Die sozialpolitischen Bremser haben diesem Gesichtspunkte nicht die ihm gebührende Bedeutung zuerkannt und manche begründete Forderung abgelehnt. Heute wird der gewaltige Einfluß der Lebenshaltung auf die Wehrfähigkeit kaum noch ernsthaft bestritten. Professor W. Zimmermann, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, hat dem engen Zusammenhang zwischen Krieg und Sozialpolitik eine Broschüre gewidmet, die den Gewerkschaften für die künftigen zu führenden Kämpfe wertvolles Material an die Hand gibt. Er zeigt anschaulich, wie kurzfristig jene Kreise waren, denen die deutsche Sozialpolitik schon zu weit ging, die eine Ruhepause in der sozialen Gesetzgebung verlangten und unter dem Vorwand des Arbeitswilligenschwundes das Koalitionsrecht zu verstimmen versuchten. Wenn sich je einmal praktisch gezeigt hat, wie wertvoll es ist, die Arbeiter nicht erst schwach und krank und verkrüppelt werden zu lassen, sie gegen wirtschaftliche Verkrüppelung und Verwahrlosung zu schützen, so während des Weltkrieges.

Zimmermann gibt eine gedrängte Uebersicht von den Wirkungen der Sozialversicherung. 20 Millionen Deutsche, darunter 15 bis 16 Millionen Männer, waren bei Kriegsbeginn gegen Krankheit versichert. Jährlich wurden etwa 6 Millionen Krankheitsfälle, die ohne die Krankenversicherung zum größten Teil ohne ärztliche Hilfe geblieben wären, in sachkundige Behandlung genommen. In der Mehrzahl der Fälle wird so verhütet, daß das Krankheitsübel sich festsetzt, die Arbeitsfähigkeit zerstört und Not und Elend in den betroffenen Familien einzieht. Die Krankenfürsorge der Unfall- und Invalidenversicherung kam hinzu. Gegen Unfallgefahren waren 25 Millionen Arbeiter und Angestellte versichert. Was durch die sozialhygienische Kultur an Lebenskräften und Arbeitsenergien gewonnen wurde, läßt sich an dem Beispiel der Bekämpfung der Tuberkulose erkennen. Innerhalb 30 Jahren ist die Verhältniszahl der Tuberkulosesterblichkeit in Preußen von 30 auf 14 für je 10 000 Lebende gesunken. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer ging etwa in 20 Jahren von 25 auf 16 zurück. Auf Grund der Sterblichkeitsstatistik kommt Zimmermann zu dem Ergebnis, daß die produktiven und wehrfähigen Volkskräfte heute im Durchschnitt um drei Jahre länger anhalten als vor 30 Jahren. Jedes Jahr Lebensgewinn im besten Mannesalter bedeutet einen Jahrgang noch wehrfähiger gedienter Soldaten mehr als damals. Diese Zunahme der männlichen Miltigkeit findet in den hervorragenden Leistungen der Landwehregimenter ihren greifbaren Ausdruck. Zimmermann legt weiter dar, wie gerade im Industrie- und Bergbau die Stärkung der Wehrkraft durch soziale Fürsorge ein Gebot der Notwendigkeit ist. Denn die Industrie liefert die bei unserem technisch verwickeltesten Wehr- und Waffenwesen unentbehrlichen Kräfte, die die geistige Regsamkeit, das reiche Verständnis, die Fassungskraft und die Gewandtheit im technischen Dienst mitbringen. Man denke sich einmal die Schutzvorschriften für die Millionenmassen in Berg- und Hüttenwerken, in den Fabriken, Werkstätten, Bauhöfen und Werften, in den Staub- und Giftbetrieben hinweg, sagt Zimmermann, man streiche die Krankenfürsorge, die Unfallversicherung, die öffentliche Gesundheitspflege für Wöchnerinnen und Säuglinge, für Tuberkulose, Alkohol- und Geschlechtskranke — und man wird sich dann ein Bild von den Zuständen in vielen Betrieben und Arbeiterhaushaltungen machen können, zumal da, wo es den Arbeitern nicht durch starke Selbsthilfeeinrichtungen gelungen ist, eine organisierte Macht zu schaffen und durch deren Druck und moralischen Einfluß der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterschaft Schranken zu ziehen.

Bei aller Vertuschung der deutschen Sozialpolitik ist Zimmermann nicht der Ansicht, daß man bei dem Erreichten stehen bleiben soll, sondern er weist auf ihre Mängel hin und betont, daß es „noch unerhört viel Gesundheitsarbeit zu bewältigen gibt.“ Zutreffend charakterisiert er die Stimmung der deutschen Arbeiter, wenn er die Ueberzeugung, daß die mühselig eroberten Errungenschaften sozialer und wirtschaftlicher Kultur trotz aller weitergehenden Zukunftswünsche um jeden Preis gegen Resozialisierung und sonstige Bedrohung verteidigt werden müssen, zu den entscheidenden Gründen zählt, die die deutschen Arbeiter zur entschlossenen Verteidigung ihres Landes bestimmten.

Nicht nur die soziale Gesetzgebung wollen wir erhalten wissen, wertvoller fast noch ist uns, was darüber hinaus durch die freie gewerkschaftliche Tätigkeit erkämpft worden ist. Kommen diese Leistungen bei Zimmermann etwas zu kurz, so wird der großen erzieherischen Wirksamkeit der Gewerkschaften um so warmerherziger gedacht. Zimmermann feiert die Berufsvereinigungen als die Pflanzschulen jener weitlichen Jugend, aus der sich ein besonders fruchtbares Gemeinheitswirken in Frieden und Krieg entsalten kann, der operativen Solidarität; als die Hochschule der bewußten Einordnung aller Kräfte in den Dienst eines Gedankens. „Die erzieherische Wirkung der Organisation auf die Arbeiter ist der gesamten Friedenskultur Deutschlands zugute gekommen und bewährt sich in der raschen zuchtvollen Einfügung der Massen in die Kriegsorganisation mit besonders eindrucksvoller Kraft.“ Der soziale Charakter dieser Organisationsformen, in denen die Solidarität die alles befehlende ideale Kraft ist, tue noch ein Besonderes dazu; wenn es nicht bloß um Stand und Verband, sondern um den Urgrund von Allen, um das Vaterland, gehe, müsse auch die solidarische Opferwilligkeit für diese höchste Gemeinschaft ihre schönsten Blüten entfalten. „Beweise dafür liegen seit Kriegsbeginn in erhebender Fülle vor, in der Front wie in der inneren Kriegswirtschaft. So bewährt sich auch nach dieser Richtung der organisatorischen Erziehung die deutsche Sozialpolitik als eine starke Helferin zur kriegerischen Tüchtigmachung des deutschen Volkes“, schließt Zimmermann.

Die Zeit neuer Kämpfe wird kommen, in der wir Anlaß haben werden, an diese Erfahrungen zu erinnern. Wir werden es tun, indem wir mit Brügger appellieren: Denk es, o Deutschland!

Denk es, o Deutschland!

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt, Bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt. Herrlich offenbarte es erst deine größte Gefahr. Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. Denk es, o Deutschland! Brügger.

Der Nürnberger Arbeiterpoet, dessen im Felde entstandene Kriegsgeichte weit hervorragend sind der Fülle der Kriegszeit, hat mit der vorstehenden Strophe stark untertrieben, was Deutschland seinen bisherigen Stiefkindern, den Arbeitern, in dem Kampfe um sein Dasein zu danken hat. Die Dienste, die die Arbeiter ihrem Vaterlande leisten, erschöpfen sich nicht darin, daß sie auf Befehl die Waffen ergreifen und in Reich und Glied ihren Mann stellen. Von den Arbeitern hing es in erster Linie

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Inerhörter Kriegswunder.

Die Spekulation mit den verschiedensten Nahrungsmitteln, Haus- haltungsgegenständen und Militärverbrauchsgegenständen wird immer noch lebhaft und in der ungeringsten Weise betrieben. In jeder einzelnen Nummer einer der großen Handelszeitungen werden ungeheure Mengen von allerhand Artikeln angeboten, in denen sonst anscheinend Mangel herrscht. In Nr. 144 der „Frankfurter Zeitung“ werden — nur um einige der zahllosen Angebote herauszugreifen — 10 000 bis 20 000 Meter feidgrauer Zellulosestoff, 25 000 Meter graublauer Militär- stoff, 30 000 Meter halbleinene Dreif., 20 000 verzierte Strümpfe, schmalen angeboten. Weiter werden empfohlen: 20 000 Kilogramm Speiseöl, Taplofamehl in Wagenladungen, 5000 Kilogramm Simberr- stein, Salzfisch in Fässen von mindestens 5000 Kilogramm, 2000 Kilo- gramm Milchschokoladenpulver, eine Firma bietet Mehl und Käse an, andere 50 000 Kilogramm Schmirseife, 25 000 Kilogramm Haus- haltungsseife, 20 Waggons weisse Wollwolle usw. Wie diese Spekulationen sich der Waren bemächtigt haben, zeigt noch folgendes Insoweit be- sonders drastisch:

„Käse auf sofort billig abzugeben: 50 Waggons weisse Speisebohnen, 10 Waggons grüne Erbsen, 20 000 Kilo gebranntes Staffeis, 25 000 Kilo gefalztes Schweine- fleisch, 25 000 Kilo prima Wollwolle, 2 Waggons grüne Schmirseife.“

W. Fuhrmann, Duisburg, Friedrichs-Str. 76a.“

Wohnen, Erbsen, Kaffee, Salzseife, Wurst und Schmirseife hat dieser eble Mann zu verkaufen, und wenn er seine zukunftsgerichtete Karte zu Kriegsmachepreisen an seine lieben Mitbürger verkauft hat, kann er seine 50- bis 100 000 Mark verdient haben. Das heißt ein Geschäft!

Wie gesagt, ist das nur die Blütenlese aus einer Nummer der „Frankfurter Zeitung“. Die meisten der Vampire scheuen sich übrigens, ihren Namen unter die Angehörigen zu setzen. Wer Bedarf hat, muß erst bei Rudolf Wolff unter Schiffer foundso anfragen, wie die seine Firma heißt, die es verstand, sich kolossale Vorteile an Nahrungs- mitteln zu verschaffen und um die Preise diktieren. Schlimmer hat der Schwager mit den wichtigsten Lebensmitteln nie gewandelt als in dieser Zeit der Not.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Rentenhygiene und Wegebrunnen.

Nach der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Mai veröffent- lichte Professor Dr. E. W. Weber, Direktor der päpstlichen Neurologie- anstalt in Ehemmel, im „Recht und Wirt- schaft“ einen Artikel, worin in der Hauptsache ausgeführt wird:

„Die Erscheinungen in unserem Volksleben, die in den letzten Jahrzehnten bei einseitigen Sozialen und Verlegenheiten er- wunden, steigen weniger auf reinhygienischem, als auf sozialhygie- nischem und wirtschaftlichem Gebiet. Es sind die Reaktionen und Strebungen, die schon früher als „unermüdete Folgen“ der deutschen Sozialpolitik geschildert worden sind: die Einziehung immer weiterer Kreise in die soziale Versicherung hat neben den überwiegend guten Erfolgen doch ein bedenkliches Streben nach „Sicherheit“ gezeigt: die Tendenz, sich in dem freien Spiel der Kräfte möglichst rasch eine Sicherung für alle Fälle zu schaffen. Diesem Streben wird von ungewissen, durch ihren Vermögenszustand prädisponierten Menschen mit Vorliebe — bewußt oder unbewußt — der „Vertriebsanfall“ dienbar gemacht, woraus die in der letzten Zeit beobachtete Zu- nahme der „Rentenhygiene“ und „Wegebrunnen“ resultiert. Solange der Krieg mit seiner Effizienz besteht, werden wir von diesen Erscheinungen nicht allzu viel bemerken. Ist aber nach seiner Beendigung diese Massenenergie abgeklingen und tritt der graue Alter, der alte Kampf um die wirtschaftliche Existenz und gegen die gemeine Not des Lebens wieder in seine Rechte, dann werden sich auch solche „unermüdete“ Kriegsfolgen bemerkbar machen in Gestalt von psychisch-nerdigen Erkrankungen, deren Träger in ihrer vollen Gesundheit und an der Wiederherstellung ihrer sozialen Leistungsfähigkeit hauptsächlich durch das — bewußt oder un- bewußt — Vergehen einer Kriegserente behindert werden. Vereinzelt wird aus den größeren Lagerten berichtet, daß dort der „un- erquickliche“ Typus der traumatischen Neurose“ auftritt, nur daß die Wegebrunnenstellungen verläufig nicht auf Erlangung einer Rente, sondern auf die Dienstbefreiung gerichtet sind. So wird man damit rechnen müssen, daß nach dem Kriege die Frage der Entschädigung der nervösen und psychischen Kriegsfolgen besonders häufig auftaucht.“

Wir wollen abhören nicht bestreiten, daß es Rentenhygieniker gibt, sowohl bewußt als unbewußt. Unsere Arbeitsekretariate können aber aus ihrer Praxis genug der Fälle aufweisen, wo Psychiater von Aufschüttel doch durch längere oder kürzere Menienprozesse im End- urteil dahin überführt wurden, daß sie sich in ihrer Annahme, einen Rentenhygieniker vor sich zu haben, geirrt haben. Es liegt auf der

Hand, daß solche Prognoseergebnisse unseren Arbeitsekretariaten viel Mühehaltung und sachkundige Verarbeitung der Unfallprotokolle verur- sachen und auch weiterhin verursachen werden. Der Betroffene selbst kommt dabei allein wohl selten oder nie zu einem befriedigenden Resultat.

Wenn nun eine Sachautorität wie Prof. Weber-Chemnitz jetzt schon bezüglich der nervösen Kriegserkrankungen die wissenschaftlichen Kreise mit seiner Meinung von Kriegs-Rentenhygiene und Kriegs- Wegebrunnen beunruhigt, so sollte ihm aus den Kreisen der prak- tischen industriellen Arbeit auch entgegengehalten werden, daß er- worbene nervöse Leiden in der heutigen industriellen Arbeitsmethode alle Ursache des Misfalles haben. Ein Hinweis, daß gerade Verböse und Hygieniker nach ihrer Anschauung nicht mehr für die Treue einseitiger, haltender industrieller Tag- und Nacht-Wechselschicht laugen, erscheint uns angebracht, als der widerspruchsvolle Nachdruck der Weberischen Ausführungen, wie es die „Arbeiter-Zeitung“ macht. Jeder ehrliche Volkstribun ist sich darüber klar, daß zugehörige Arbeit für Menschen mit nicht mehr vollwertigen Werten die beste Medizin ist, diesen bedauernden Geschöpfen aber in ihrer Mehrheit bewußt oder unbewußt, krankhaft veranlagte Rentenhygiene und Wegebrun- nen nachzusagen, wenn sie unter schwerer Pflichterfüllung für die Verteidigung des Vaterlandes gekümmert haben, finden wir absolut vor- eilig und nicht durch ausreichende wissenschaftliche Gründlichkeit gestützt.

Wie sich aber die Auffassungen über Kriegs-Rentenhygiene und Kriegs- Wegebrunnen auch nach Abschluß des Krieges gestalten mögen, für unsere organisierten Arbeiter, die im Felde standen, werden unserer Arbeitsekretariate die Anwaltschaft zur Wahrung ihrer Rechte voll übernehmen. Selbstverständlich soll damit nur gefagt sein, daß die Rechtsververtretung nur in den Fällen geführt werden kann, wo die Lebensversicherung vorliegt, daß es gilt, Unrecht gegen unsere Krieger in Recht umzuwandeln.

Deutsche Unfallversicherung.

Vor kurzem ist der Bericht der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1913 erschienen. Im folgenden geben wir eine kurze Zusammen- fassung der wichtigsten Zahlen über die Ergebnisse der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit einigen ergänzenden Detailberechnungen:

	1912	1913
Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften	60	68
Zahl der versicherten Betriebe	702 008	828 335
Zahl der versicherten Personen	10 178 577	10 030 487
Zahl der Vollarbeiter	9 011 570	9 476 283
Zahl der gemeldeten Unfälle	547 700	581 211
Zahl der gemeldeten Unfälle auf 1000 Vollarbeiter	60,78	61,32
Zahl der Getöteten	6 504	6 573
Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen	352	308
Zahl der dauernd teilweise Erwerbsunfähigen	23 561	22 001
Zahl der vorübergehend Erwerbsunfähigen	48 076	45 141
Zahl der Vorübergehenden Getöteter	14 031	14 255
Erstmalsig entschädigte Unfälle	74 488	74 978
Entschädigte Unfälle insgesamt	532 403	526 500
Verletzte Rentenempfänger insgesamt	457 171	447 112

	überhaupt	120 237 474,—	125 551 330,—
Summe der gezahlten Entschädigungen f. Ver- letzte und Hinterbliebene	pro Unfall u. Jahr	225,35	238,40
	pro Unfall u. Tag	—,02	—,05
Summe der gezahlten Renten an Verletzte	überhaupt	81 401 874,—	82 300 314,—
	pro Rentner u. Jahr	173,25	184,20
	pro Rentner u. Tag	—,49	—,50
Zahrendurchschnittslohn pro Vollarbeiter		1 101,90	1 215,50
Zunahme des Durchschnittslohn. geg. das Vorjahr		44,10	23,36
	in %	3,85	1,90

„Neu hinzugekommen sind im Jahre 1913 zwei Berufsgenossen- schaften, die Detail-Handels-B.G. und die Versicherungs-Genossenschaft der Privatfahrzeuge und der Heilberufe. Die Zahl der versicherten Betriebe hat eine Zunahme von 15 732 erfahren, die der Vollarbeiter um 464 693. Erhöht hat sich auch wieder die Zahl der Unfälle. Die Zahl der dauernd teilweise Erwerbsunfähigen hat abgenommen, da- gegen weist die Zahl der vorübergehend Erwerbsunfähigen eine wesent- liche Steigerung auf, was auf die Nachspeicherung zurückzuführen sein dürfte. Daraus erklärt sich auch trotz vermehrter Unfälle der Rück- gang der entschädigten Unfälle insgesamt, als auch der Verletzten. Der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters hat sich gegen das vorige Vertriebsjahr nur unwesentlich erhöht.“

Aus den Bergarbeitergerichten.

Schupprekerei.

Die Vorenthaltung oder Entziehung des Arbeitslohnes ist eine himmelschreiende Sünde und in der Bibel heißt es: „Siehe, der Lohn der Arbeiter, welcher von euch vorenthalten worden, schreit zu Gott.“ Aber es gibt Leute, die nicht nur darauf, sondern auch auf die Be- stimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches prüfen und sich kein aus- gefügelter Kniffe bedienen, die gegen Treu und Glauben und gegen

bestehende gab auch Sachen durch die großen Bauten von Brücken, Kanälen, Eisenbahnen und die Neuerrichtung des königlichen Theaters in Dresden vielen Italienern Beschäftigung, so daß bald sechshundert Kolonien dieser Leute aus dem Boden wuchsen. In Delzmitz und in den benachbarten Orten bildeten sie über kurzem die Mehrzahl der Arbeiterschaft.

Zwischen 1880 und 1890 stieg die italienische Flut noch höher; sie ließ damals am Rhein etwas nach und schwoh dafür in Westfalen kräftiger an. Im letztgenannten Jahr waren Italiener in den bayeri- schen, bairischen und württembergischen Braunkohlen-, Blei- und Schmelzwerken, ebenso als Erdbarbeiter tätig; auch machten sie sich in den Stahl- und Eisenwerken, beim Bau von Eisenbahnen, Kellerei- anlagen und in der Hochfensterbauerei nützlich. In Diederhofen, Hattlingen, Rembach, Alping, Saint-Ribat und so fort entzanden italienische Dörfer, denn die Italiener ließen ihre Familien nachkommen und heirateten hier. Im Saargebiet stieg man ebenfalls auf zahlreiche italienische Arbeiter.

Als 1907 Deutschland eine wirtschaftliche Krise durchmachte, flaute die italienische Einwanderung etwas ab und blieb zunächst auf der Ziffer von 67 780 stehen. Bald aber nahm der Zuzug wieder seinen Aufschwung, so daß man im vergangenen Jahre in Deutschland eine italienische Bevölkerung von rund 200 000 Seelen zählte, von denen die Hälfte als jehhaft gebucht wurde.

Die wirtschaftliche Lage der italienischen Arbeiter in Deutschland weicht wenig ab von der in anderen fremden Ländern. Der Inter- schied zwischen einem italienischen und einem deutschen Arbeiter ist sehr groß. Letzterer beginnt sein Lebensjahr schon im 15. Lebensjahr und tauglicher Mann. folglich muß er auch anders entlohn werden wie der Italiener, der mit ganz allgemeiner oder gar keinen Kenntnissen hierher kommt. Er wird daher zu Verrichtungen verwendet, die keine Sonderentlohnung erfordern. Auf der andern Seite muß gesagt werden, daß er in manchen funktionsfähigen Fachern, auch in der Weberei, jähell eine nicht zu unterschätzende Handfertigkeit erlangt. Er bezieht jedenfalls geringeren Lohn als die anderen ausländischen Handwerker, wenn sich auch sein Einkommen in den letzten Jahren durch das Ge- nossenschaftswesen etwas gehoben hat. Inzwischen nimmt er unter den fremden Arbeitern noch die dritte Stelle ein. Die italienischen Ar- beiter im Ruhrkohlengebiet, die sich im früher italienische und jetzt deutsche Arbeiterfamilien aus Breza und den sieben Vincentinischen Gemeinden gruppieren, gewinnen im Mittel 5 bis 5,50 Mark täglich und kommen, wenn sie günstig geschäft sind, auf 8 Mark. Der Zuzug der Italiener nach Elberfeld begann gegen 1890 besonders lebhaft zu werden, weil damals die neuen Bergwerke in Betrieb gesetzt wurden. Es kamen nämlich bereits mit Weib und Kind und grün- lichen dort heimlich, von denen die zu Hattlingen heute 250 Familien zählte. Jähell kehrten die Italiener 1900 in Lothringen 30 Prozent der gesamten Arbeiterschaft und gewonnen als Grubenarbeiter 6, als Erdbarbeiter oder Handlanger 4,50 Mark täglich. Jetzt wehen sie sich etwas besser, und mancher hat es bereits zu einem Tageslohn von 9 Mark gebracht. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Italiener bisher noch immer steigt. Auch hier zählt Lothringen die meisten von ihnen — nicht weniger als 31 367.

die guten Sitten verstoßen, wie eine am 1. Juni vor der Spruch- kammer des Bergarbeitergerichts in Hattlingen stattgefundene Ver- handlung zeigt.

Verlagt war die Zeche Unterd-Brangel. Diese hatte zu Beginn des Krieges den Betrieb eingestellt und die ganze Belegschaft entlassen. Die Leute erhielten nur 40 Proz. des verdienten Lohnes und mussten, um diesen noch zu erhalten, etwa unterschreiben, daß sie auf den Rest, der bei recht vielen Arbeitern mehr als 100 Mark ausmachte, ein für allemal verzichteten. Warum der schriftliche Verzicht? Eine Zeche, welche bei der Stilllegung ihre ganzen Vorräte auskauft, kein Ver- mögen mehr besitzt und keine eingehenden Gelder mehr zu erwarten hat, braucht doch einen beträchtlichen Verzicht gar nicht, denn bei ihr ist nichts mehr zu holen. Ihr können weder Lohnlagen noch Pfändungen gefährlich werden. Anders ist es aber für eine Zeche, welche den Lohn, um welchen sie die Arbeiter geprellt hat, da u e r n d einstecken, und weil noch Vermögen und eingehende Gelder da sind, auch die Anlagen und Pfändungen vermeiden will. Nur eine solche Zeche brauchte den schriftlichen Verzicht der Arbeiter auf den Lohn. Es war also von vornherein beabsichtigt, die Leute um ihren verdienten Lohn zu bringen.

Und richtig, nachdem die Zeche kurze Zeit stillgelegen, wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Die früheren Belegschaftsmitglieder führen, da in nächster Nähe wenig andere Zechen liegen, auch wieder an. Von diesen Wiederangekehrten hat aber bis heute noch niemand seinen alten Nettlohn erhalten können. Nur zwei auf andere Gruben arbeitende Verbandsmitglieder klagten den Lohn ein, trotzdem ihnen erzählt worden war, die Zeche habe einen neuen Eigentümer (Berg- werksunternehmer Teilmann aus Dortmund) erhalten, der für die Schulden des alten Eigentümers nicht zu haften brauche. Wer hat denn das eigentlich den benachteiligten Arbeitern vorgebetet?

Die Zeche ist doch eine Gewerkschaft und für eine solche macht der Wechsel einziger Eigentümer gar nichts aus. Am allerwenigsten werden dadurch die Rechte der Gläubiger beeinträchtigt. War das nicht auch so ein Kniff, um die unglücklichen Lohnlagen zu vermeiden?

Im Termin wollte die Zeche die Arbeiter abgewiesen haben. Diese hätten untergeschrieben, daß sie nichts mehr zu fordern hätten und das müsse gelten. Das war dem Vorsitzenden der Spruchkammer denn doch zu viel. Er hielt dem Zechevertreter eine Strafbüchse, die sich gewaschen hatte. Ein derartiger Verzicht habe feineste Nachwirkung und sei ungültig, weil er gegen die guten Sitten verstoße. Glatzweg wurde die Zeche zur Zahlung des Lohnes verurteilt.

Daß es der Zeche darum zu tun war, die ganze Belegschaft dauernd um den Lohn zu bringen, bewies noch ein Vorwissen im Termin. Der Vorsitzende ließ dem Zechevertreter keinen Zweifel darüber, daß das Gericht den Arbeitern den Lohn zusprechen würde, und meinte, bei dieser Sachlage solle doch der Zechevertreter die Forderung gutwillig anerkennen, worauf der Zechevertreter die Antwort gab: „Dann kommen die anderen und wollen ihr Geld auch alle haben.“ Nun die Zeche heringefallen ist, werden die anderen benachteiligten Arbeiter, soweit sie dem Verbands angehören, hoffentlich auch noch kommen.

Zu wünschen wäre, daß nicht nur die Zechen, welche den Arbeitern den im Lohnbuch stehenden Lohn vorzuenthalten suchen, sondern auch diejenigen, welche den verdienten Lohn nicht ganz in die Lohnlisten eintragen, am Bergarbeitergericht genau so hereinfallen möchten, wie die Zeche Unterd-Brangel. Aber in den Fällen, wo der Lohn nicht ganz angeferlicht wurde, haben sich die Zechen bisher sehr oft noch herauszuwinden gemußt.

Zur Reform der Berginspektion.

Grubenunglück auf Neuhoffnung und Zahrenberg.

Was von den einschichtigen Arbeitern längst befechtet wurde, ist nun leider eingetreten. Am 26. Mai sind auf Neuhoffnungsdorf (Gef.-Schlag; Stallberg in Weiskaten) drei Arbeiter in den Nachschubden der Gef.-Schlagung erstickt. Es ist bei uns auf der dritten Sohle bald nicht mehr anzuhalten“, sagen die dort beschäftigten Arbeiter. Zwei der Verunfallten arbeiteten in einem Nebeschub, der dritte, ein Ober- hauer, sollte den Nebeschub abnehmen; alle drei Verunglückte sind herauf, aber nicht mehr heruntergekommen.

Wer trägt nun an dem Unglück die Schuld? Könnte dasselbe nicht verhindert werden? Diese Fragen drängen sich uns unwillkürlich auf. Unglücksfälle werden sich gewiß auch dann nicht immer verhindern lassen, wenn auf Ordnung gesehen und Vorkehrung geübt wird. Wie sagen aber die Verhältnisse in dieser Beziehung auf Neuhoffnungsdorf?

Schon in Nummer 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 18. Januar 1913 schrieb wir:

„Die Bergbehörde machen wir auf folgende große Verletzung der bergpolizeilichen Vorschriften aufmerksam: Auf der zweiten Sohle der Grube Neuhoffnung ist die Wetterführung seit Wochen in einem schlechten Zustand. Die hier beschäftigten Arbeiter haben unter der Verbandsführung einer nicht ordnungsmäßig nachgeführten Wetterführung zu leiden; die nicht abziehenden Gef.-Schlagdämpfe haben mehrfach Ertrinken bei ihnen hervorgerufen. Zum wiederholten Male ist der betreffende Revisorleiter von den Leuten auf das Ein- halten einer Wetterführung aufmerksam gemacht worden, aber ohne jeg-

Zu den letzten Jahren hat sich das Verhältnis der deutschen Arbeiter zu den italienischen Kollegen gebessert. Die letzteren betrachten die Italiener nicht mehr als Feindbrüder und helfen ihnen gern bei Wohn- bauten und bei großen Mauerwerken die Hand frei, wofür die Ita- liener, namentlich solche aus Veltino und Udine, eine ausgesprochene Begabung zeigten. Der Bericht des Auswanderungskommissars stellte jodann noch fest, daß auch der qualitative Wert der italienischen Aus- wanderung nach Deutschland gewonnen habe. Die gewöhnlichen und unbenützten Elemente waren bereits ganz verschwunden, und es siedelten sich immer mehr Wertführer, Unternehmer hier an, die teil- weise selbständig sich um größere Arbeiten bewarben und geschulte Arbeiter nachkommen ließen.

Aus manchen ansässigen Arbeitern sind inzwischen auch Kaufleute geworden, die namentlich mit Weiskaten, Käse, Früchten, Tabak, Wein und anderen Artikeln ihrer engeren Heimat zu handeln begannen und bei der deutschen Stundschafft eine wohlwollende Aufnahme fanden.“

„Wir Heiden sind doch bessere Menschen.“

In einer am letzten Februartage in Essen abgehaltenen Kriegs-Wissensveranstaltung wurde über die Einwirkung des Welt- krieges auf die Missionen in den Heidenländern berichtet. Es ist natürlich, daß durch den Krieg die Missionsarbeit schwer gefährdet worden ist. Dafür brachte Herr Universitätsprofessor Dr. Schmidt eine Reihe von Beispielen vor. Die praktische Missionsarbeit sei so gut wie unterbunden. „Noch tiefer sind die schweren geistigen und mor- alischen Wunden, die der Krieg den Missionstreuen geschlagen hat. Die Stoffkraft des Christentums wurde gelähmt durch den Krieg, der Wider- stand des Heidentums dagegen gestärkt. Die Japaner wollen vom Christentum nichts mehr wissen, weil es den Weltkrieg nicht verhindern konnte. Ein Chinese äußerte sich einmal: Wenn die europäische Zivi- lisation nichts anderes erreicht, als daß sie immer neue und immer schlimmere Wundinstrumente hervorbringt, dann wollen wir lieber Barbaren bleiben.“

Als zweiter Redner sprach der Bischof Doering S. J. von Raon in Indien. Er behandelte die Heidenmissionen in Indien, die in den letzten Jahren erhebliche Erfolge zu verzeichnen hatte: „Da kam der Krieg und warf uns um Jahre, ja, um Jahrzehnte“ zurück. Groß sind die moralischen Schäden des Krieges. Die Verletzung der Heiden- knüppel sich genöthigt an eine Liebestätigkeit unter ihnen an. Wenn z. B. in der Zeit der Welt die Heiden sahen, daß die katholischen Missionare allein bei ihnen ausharrten, wenn alle sie verließen, dann wurden sie durch dieses Verhalten der Missionare zur katholischen Religion hingezogen und schließliche für sie gewonnen. Im Kriege setzen sie nun das Organieil von Liebe, sie sehen, wie die europäischen Mächte diese Kulturvölker, sich gegenseitig zerfleischen und immer neue und grauenvollere Wundwerkzeuge erfinden. Das muß Eindrud auf die Heiden machen. Wenn wir nach dem Kriege zurückkehren, werden wir Missionare ganz sicher hören müssen: Reformiert ihr Christen nur zuerst euch selber, wir Heiden sind besser als ihr!“

Wir sind nicht in der Lage, die in den Zitaten zum Ausdruck kommenden Anklagen der heidnischen „Barbaren“ gegen die christlichen zivilisierten Völker Europas zu widerlegen.

Die Italiener in Deutschland.

Viele Hunderttausende Italiener verlassen jährlich ihr schönes Vaterland, um in der Fremde als Lohnarbeiter, Händler usw. lohnenden Erwerb nachzugehen. Viele Zehntausende davon kommen nach Deutschland, schaffen hier vornehmlich als Berg-, Erd- oder Stein- bruch- und Bauarbeiter. Die größte Zahl der italienischen Vergleute wurde vor dem Kriege in lothringisch-luxemburgischen Minettegebiet beschäftigt. Hier machten die italienischen Arbeiter stellenweise 30 bis 40 Prozent der Beschäftigten aus. Auch in das rheinisch- westfälische Industriegebiet fand eine starke italienische Einwanderung statt. 1893 wurden im Ruhrkohlengebiet 933 Vergleute mit italieni- scher Muttersprache beschäftigt, 1911 waren es 3847.

Sieht man von einzelnen unangenehmen Individuen, wie sie jede Volksgemeinschaft aufweist, ab, so kann man sagen, daß die Ita- liener als Arbeiterkameraden brave Leute sind. Sie sind im all- gemeinen sehr fleißig und sparsam. Vorwiegend als Gefährtenarbeiter bevorzugt, sehen sie auf gute Entlohnung. Als Lohnrücker sind sie im Bergbau nicht mehr zu haben. Auch für die gewerkschaftliche Organisation sind die italienischen Kameraden nicht schwer zu gewinnen, ja, wir lernen manches italienische Verbands- mittelglied, das den anderen Kameraden als ein Vorbild von Agitations- und Opferbereitschaft vorgebildet werden kann. So sehr auch in unseiner Arbeitsekretariate das verkehrliche Schreiben der Kriegsheher in Italien fort und Entlohnung gemehrt hat, noch nicht ein Fall ist uns bekannt geworden, wo die unter uns wohnenden ita- lianischen Kameraden deswegen zu leiden gehabt hätten! Das hat natürlich die Kriegsheher in Rom, Mailand usw. nicht abgesehen, die Lüge zu verbreiten, die italienischen Arbeiter seien in Deutschland in der gemeinsten Weise mißhandelt worden. In Wirklichkeit ist ihnen, die ja ganz unjähig an der Kriegshege, viel- mehr entzogene Friedensfreunde sind, nichts Böses geschehen. Viele italienische Arbeiter sind in Deutschland geblieben, sie gehen ruhig und unbeeinträchtigt ihrer Arbeit nach. Dessejen freunden wir uns besonders, da durch diese Tatsache das Leben und Rauben des fanatisierten Kriegshebes in einigen italienischen Groß- städten als ein besonderes Merkmal der „höheren italienischen Kultur“ gekennzeichnet wird.

Ueber die italienische Einwanderung in Deutschland hat der ita- lianische Auswanderungskommissar in Köln, Dr. Giacomo Per- tite, im „Bolletino dell'Emigrazione“ einen interessanten Bericht veröffentlicht, dem wir folgendes entnehmen:

Die italienische Einwanderung in Deutschland setzte im Jahre 1860 ein, als die westfälischen Gruben mit immerwährender Förderung be- gannen. Damals holte man Arbeitkräfte aus Trient, den Distrikten von Belluno und Como herbei, die in kurze auf 1500 Mann anwuchsen. Nach dem wirtschaftlichen Aufschwung nach 1870, als die Förderung der Ruhrwerke von 11 Millionen Tonnen bis zu 67,5 Millionen Ton- nen im Jahre 1914 anstieg, trug die italienische Arbeiterschaft nicht wenig zur Stellung der nötigen Arbeitkräfte bei. Vor allem aber war es der Bau der Geißhards- und Brennerbahn, die den gewaltigen Anstich für die Auswanderung von Italienern nach Deutschland gab. 1872 befanden sich in Württemberg allein bereits mehrere tausend Italiener. Diese schon bedeutende Menge schwoh bis 1877 im Elz, Zahren, Sagen und um Frankfurt am Main herum ganz gemäßig an. In-

lichen Erfolg. Hauptsächlich trägt nun die Bergbehörde Sorge dafür, daß hier Ordnung geschaffen wird.

Die Hoffnung auf die Bergbehörde war aber vergeblich. Wie brachten daher in Nummer 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 22. Februar 1913 folgende Aufforderung:

„Wo ist die Bergbehörde? In Nummer 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ hatten wir auf große Verstärkungen der bergpolizeilichen Vorposten auf Grube Neuhoffnung und Fahrenberg hingewiesen. Wie dazu geht der Schlenker aber weiter und die betreffenden in gefund-

heitlicher Hinsicht schwer geschädigten Kameraden vertritt man auf das demütigste fertiggestellte Heberhauen. Warum greift die Bergbehörde hier nicht ein? Eine Sandhaube gibt ihr doch die Wetterpolizeiverordnung des Oberbergamts Bonn vom 1. Mai 1907.“

Da die notwendige Besserung trotz aller Mahnungen nicht eintretet, schreiben wir in Nummer 33 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 16. August 1913:

„Schon zu wiederholtem Male waren wir gezwungen, uns mit den Wetterverhältnissen auf dieser Grube (Neuhoffnung und Fahrenberg) zu beschäftigen, ohne daß die Bergbehörde sich zur rechten Zeit damit befaßte. Unsere letzte Notiz hatte zur Folge, daß Zeiger Lieber den Kameraden sagte: „Das Heberhauen muß unbedingt durch, denn am Samstag kommt der Bergst.“ Und als der Herr Bergerrat kam, war alles in Ordnung. Warum schob man die Revision, wenn sie einen solchen Namen überhaupt verdient, so lange hinaus? Aber auch jetzt sind die Verhältnisse noch nicht anders. Infolge der Lufttemperatur in den verschlossenen Tagen waren die Zustände wieder derartig, daß die Geschädigten überhaupt nicht mehr abgehen und die in Frage kommenden Kameraden beständig von Kopfschmerzen und Unwohlsein befallen waren. Am 21. Juli wurde die Grube vom Bergerrat befreit und in Ordnung befunden. Lebt es nicht? Man hatte an dem Tage während der Morgenschicht das Schichten verboden. Wir nehmen an, daß der Bergerrat eine vorherige Anmeldeung unterlassen, ein Bergbeamter hingegen das Kommen des Bergerrats geträumt hatte.“

Nun sind zwei Menschenleben den geschädigten Verhältnissen zum Opfer gefallen. Schuld daran aber sind alle diejenigen, die unsere Mahnungen und die der Arbeiter unbeachtet ließen. Was wird jetzt geschehen? Werden die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen? Wird jetzt endlich Besserung eintreten oder müssen noch mehr Menschenopfer fallen?

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Das Arbeit in der Kaliumindustrie. Die Welt, weit über den Bedarf hinaus getriebene spekulative Verwertung der Förderanlagen. Die auf das einzelne Werk entfallende Absatzquote mußte, weil nicht im gleichen Verhältnis wie die Werksvermehrung die Gesamtabsatzvermehrung folgte, entsprechend geschränkt werden. Da gewisse Betriebskosten bei geringer Förderung nicht fallen, tritt dann eine Verteuerung der Selbstkosten pro Tonne ein. Nun der für die Werkswirtschaften sehr häufig ausschlaggebend geworden Export infolge des Krieges auf ein geringes Maß zurückging, muß sich das gekennzeichnete Nebel in der Kaliumindustrie besonders stark fühlbar machen. In den Monaten Januar bis inklusive April 1915 ist der gesamte Wert des Kaliumabgabes genau die gleiche Zeit 1914 um 34 780 042 Mk. auf 49 749 604 Mk. zurückgegangen. Dennoch sind die Betriebsgewinne bei den beständigsten Werken, zumal wenn man den Gewinn pro beschäftigten Arbeiter berechnet, noch ansehnlich. Die Kaliumwerte A f e r s e l e n U. S. G. hatten

Jahr	Verkaufs- und Fabrikationsgewinn	Brutto-gewinn	Neingewinn mit Vortrag
1009	1 798 220 Mk.	2 172 208 Mk.	1 198 525 Mk.
1910	2 549 451 "	4 940 200 "	3 531 608 "
1911	1 867 012 "	4 866 603 "	2 523 492 "
1912	2 253 056 "	4 070 270 "	2 768 101 "
1913	1 871 145 "	2 078 325 "	1 623 027 "
1914	1 382 615 "	2 117 342 "	905 725 "

Die Geschäftsergebnisse von A f e r s e l e n sind besonders kennzeichnend für die Zustände in der deutschen Kaliumindustrie. A f e r s e l e n war es nämlich, dessen Auffindung des Kaliumsalzabgabes (1909) und dessen große freihändige Verkäufe weit unter den damaligen Syndikatspreisen die Aufmerksamkeit zu dem Reichsalz gegeben. Obgleich A f e r s e l e n 1910 weit billiger als das Syndikat verkaufte, stieg doch, wie aus obiger Gewinnübersicht hervorgeht, der Betriebsüberschuss ganz gewaltig. Sehr erklärlich, weil nun A f e r s e l e n seine große Leistungsfähigkeit, die borden durch die Syndikatsbeschlüsse (Förderbeschränkung) sehr stark beeinträchtigt war, ausnutzen konnte, wodurch die Selbstkosten pro Doppelzentner fast noch mehr fielen, als die Preisermäßigung ausmachte. Diese Preisermäßigung begünstigte aber eine sehr bedeutende Absatzsteigerung und damit stieg der Gesamtgewinn in der angegebenen Weise. Leider wurden die Anträge, welche allgemein auf eine Beschränkung der Werkszahl hingielen, bei der Beratung des Kaliumgesetzes abgelehnt. Die Kaliumproduktion ging also weiter zum Schaden der Allgemeinheit, der doch die nationalen Bodenschätze gehören. Nachdem auf Grund des Reichsalzgesetzes auch die Förderung von A f e r s e l e n wieder beschränkt worden war, trat dort auch die Erhöhung der Selbstkosten ein und trotz der jetzt höheren Verkaufspreise fiel der Betriebsüberschuss. Der Zustand in der Kaliumindustrie ist also dahin zu charakterisieren, daß für den Gesamtabsatz zu viel Werke in Frage kommen. Die Folge ist eine künstliche Einschränkung der Förderung der einzelnen Werke und damit eine künstliche Erhöhung der Selbstkosten.

Neue Preiserhöhungen in der Braunkohlenindustrie.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Wie wir erfahren, sind das Niederlausitzer Brückenthal und die A f e r s e l e n U. S. G. in Grube A f e r s e l e n übereingekommen, die Preise vom 1. Juli d. J. ab erneut um einen Mark pro Tonne zu erhöhen. Die letzte Preiserhöhung trat am 1. April d. J. ein und betrug durchschnittlich 1,50 Mk. pro Tonne. Begründet wird diese Preiserhöhung mit dem fortgesetzten Abgang von Arbeitern, durch den die Erzeugungskosten gesteigert werden. Bisher konnten einzelne Werke, wie z. B. die A f e r s e l e n U. S. G. und die Niederlausitzer Kohlenwerke, ihre Produktion auf 80 bis 90 Prozent der normalen halten, doch rechnet man für die nächste Zeit mit einem stärkeren Abgang, zumal da die Erzeuger (Kriegsangehörige und Zivilgefangene) nicht sehr leistungsfähig seien und unverhältnismäßig hohe Löhnen bezugsuchen. Interessant ist es übrigens, daß die A f e r s e l e n U. S. G. Bergbaugesellschaft mit dem Niederlausitzer Brückenthal eine Preisvereinbarung getroffen hat, während beide sich bisher nach dem Austritt der A f e r s e l e n zum Syndikat (am 1. April v. J.) stark befehdeten und sich durch Preisunterbietungen usw. den Absatz besonders auf dem Berliner Markt freitig zu machen suchten.

Neue Erhöhung der Roheisenpreise.

Der Roheisenverband hat in seiner am 8. Juni abgehaltenen Sitzung (in Köln) ebenfalls eine Preiserhöhung vorgenommen. Die Preise für Gießereiroheisen, Stahleisen und Walzengüßereisen sind um 7,50 die Tonne und die Preise für Hämatitroheisen um 15 Mk. die Tonne erhöht. Danach kostet für das 3. Viertel 1915 Gießereiroheisen Nr. 1 94 Mk. (bisher 86,50 Mk.), Gießereiroheisen Nr. 2 89 Mk. (bisher 81,50 Mk.) und Hämatitroheisen 115 Mk. (bisher 100 Mk.). Ueber die Marktlage wurde berichtet: Die lebhafteste Nachfrage nach allen Sorten von Qualitätsroheisen im Inlande hält unvermindert an, da die Gießereien und Maschinenwerke überaus stark beschäftigt sind. Besonders stark sind die Anforderungen auf Hämatitroheisen und auf untaugliche Sorten. Der Eingang von Aufträgen auf Roheisenarten aus dem neutralen Auslande bleibt recht betrüblich. Der Verband hat im Mai 59,37 Prozent der Beteiligung gegen 60,77 Prozent im April d. J. getragen. Der Verkauf für das 3. Viertel d. J. wurde freigegeben. Die bisherigen Preise wurden mit Rücksicht auf das erhebliche Steigen der Selbstkosten erhöht.

Wenn man in der „Reinlich-Weißfährischen Zeitung“ (Nr. 446) liest, was schon bei den bisherigen Kriegspreisen erzielt wurde, dann kann uns die Notwendigkeit der neuesten Preiserhöhung nicht einleuchten. Das Industrieblatt schreibt nämlich: „Die Frage nach den Jahresergebnissen wird man schon heute inoffiziell beantworten können, als gesagt werden kann, daß die Eisenindustrie das erste Kriegsjahr über alles Erwarten gut überstanden hat. Obgleich hat das Jahr eine Abänderung

insfern gebracht, als eine volle Ausnutzung der Betriebe nicht möglich war, aber nicht wegen Arbeitsmangel, denn die war reichlich vorhanden, sondern wegen Arbeitermangel; der aber konnte nicht ausgeglichen werden. Der Erzeugungsanstieg, der entsprechend dem Arbeiterabgang im Durchschnitt 33 Prozent betragen wird, hat natürlich die Selbstkosten der großen Betriebsanlagen vermehrt. Einen Ausgleich haben die Werke aber in den wesentlich besserem Preisen für Auslandslieferungen und für die starken Kriegsmateriallieferungen gehabt. Direkte Verluste werden nur wenige aufzuweisen haben, die Mehrzahl wird also auch im Kriegsjahr recht gute Gewinne ausweisen können, ein wirtschaftliches Ereignis also, wie es bei Ausbruch des Krieges kaum erwartet worden ist.“

Von der Wirtschaftslage der Arbeiterklasse kann leider nicht so Günstiges berichtet werden.

Vom ober-schlesischen Kohlenmarkt

wird gegenseitig berichtet, die Nachfrage sei trotz der eingetretenen warmen Jahreszeit noch so stark, daß sie nur mit Mühe befriedigt werden könne. Dabei betrage der Export ober-schlesischer Kohle nun nur 6 Prozent gegen 38 Prozent in normalen Zeiten. Nach Oesterreich würden monatlich 100 000 Tonnen Kohle ausgeführt. Da jetzt ca. 68 Prozent der normalen Kohlenförderung geliefert werden könnten, seien die Befürchtungen wegen einer Kohlennot gegenstandslos geworden.

Petroleumquellen in Deutschland.

In Deutschland findet sich Erdöl hauptsächlich an drei Orten, in Tegegnisse in Oberbayern, ferner im Elsaß und in der Lüneburger Heide. Das Tegegnisse Vorkommen wurde schon mehrfach untersucht, erwies sich aber immer als zu unergiebig, als daß sich seine Ausbeute lohnte hätte. Die erzfähigen Fundstellen sind inwieweit, eine bestimmte Menge Petroleum zu liefern, treten aber an Bedeutung gegen die der Lüneburger Heide weit zurück, in der sich das eigentliche Erdölgebiet Deutschlands befindet. Dieses beginnt bei Verden an der Aller und zieht sich bis in die Gegend von Braunschweig. Hier wird in mehreren parallel laufenden Honen Erdöl gefunden. Daß es dort vorkommt, wußte man schon seit Jahrhunderten, doch fand eine industrielle Ausbeutung nicht statt. Wenn die Bauern Bäume austrodeten, so sammelte sie in den entstandenen Löchern eine ölige Flüssigkeit, die sie als Wagenschmiere verwendeten. Erst als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aus Amerika die Kunde nach Deutschland kam, daß die dortigen Erdölvorkommen im vollsten Sinne des Wortes „Lücken eines unerforschlichen Reichthums“ seien, ließ die hannoversche Regierung in der Nähe des Deutschen Viehe mit großen Kosten ein Bohrloch herstellen. Der Erfolg blieb jedoch aus. Auch die preussische Regierung, die nach Erdöl bohren wollte, stand infolge einer Anzahl unglücklicher Entschieden von ihrem Vorhaben wieder ab.

Bis zum Jahre 1880 war dann von dem Erdöl der Lüneburger Heide nicht mehr die Rede. Da entdeckte man plötzlich in dem kleinen „Delheim“ ungetauft, und als der Bohrschürfer Mohr gar eine Quelle erschloß, die in der Stunde nicht weniger als 30 Zentner Erdöl lieferte, da griff ein Gründungsunternehmen um sich, dessen Einzelheiten an dem berühmte kalifornische Goldfelder erinnerten. Damals wurde auch der Grund zur erzfähigen Erdölindustrie gelegt.

Wie vielen überstürzten Gründungen, so ging es auch denen zu Delheim: sie nahmen ein Ende mit Schrecken, aber das eine Gute hatten sie doch bewirkt, daß man auf die einheimischen Erdölvorkommen aufmerksam geworden war und daß man nunmehr begann, die Petroleumschätze der Lüneburger Heide in sinnemäßer Weise auszunutzen. Es bildeten sich verschiedene Gesellschaften — eine Zeitlang waren es 23 —, die zum Teil wieder zu größeren Verbänden zusammenkamen und im Lüneburger Petroleumgebiet zahlreiche Bohrungen errichteten. Der neue Aufschwung begann etwa ums Jahr 1890 und setzte von 1902 ab, wo man besonders günstige Vorkommen durchführte, in stärkerer Weise ein. Die infolge des Krieges eben beginnende, noch intensiver Ausbeutung wird voraussichtlich eine weitere ständige Steigerung im Gefolge haben.

Die aufstrebenden Schichten liegen in zwei durch eine ertragreiche Schicht getrennten Lagen übereinander. Die obere befindet sich etwa 60 bis 200 Meter unter der Erdoberfläche, die untere in einer Tiefe von ungefähr 350 Metern. Das gesonderte Erdöl ist je nach der Schicht, aus der es kommt, von verschiedener Beschaffenheit. Die obere Schicht liefert ein Öl, das wenig Leichtpetroleum enthält, wohl aber viel Schwefel, so daß es sich für die verkehrsmäßigsten technischen Zwecke vorzüglich eignet. Das Öl der unteren Schicht enthält 23 v. H. Leichtöl, etwa 13 v. H. Benzol, 50—60 v. H. Schmieröl sowie 3 1/2 v. H. Paraffin. Die eben erwähnten Produkte sind es auch, die neben Asphalt bei der Reinigung des Lüneburger Erdöls gewonnen und in den Handel gebracht werden.

In technischer Hinsicht ist das deutsche Erdölgebiet ganz vorzüglich ausgestattet. Seine Einrichtungen sind geradezu musterhaft. Die Tanks der dortigen Industrie vermag nicht weniger als 80 Millionen Kilogramm Öl zu fassen, einzelne davon überstrecken alle ausländischen, insbesondere die russischen und amerikanischen, weit an Größe und sind fast ausschließlich die größten der Welt. Ein einziger Tank vermag 1100 Eisenbahnwaggons Erdöl aufzunehmen. Würden alle Tanks vollkommen gefüllt werden, so würde das darin aufgespeicherte Erdöl einen Wert von etwa sieben Millionen Mark haben.

Rußlands Kohlennot

ist auch eine der Ursachen der Niederlagen der russischen Seere. Die für die Eisenbahnen und die Herstellung von Kriegsmaterial nötigen mineralischen Brennstoffe müssen im Parente sehr knapp geworden sein, weil der Export während des Krieges kolossal zurückgegangen ist. Die Inlandsproduktion reicht bei weitem nicht aus, um so weniger, nun das polnische Kohlenrevier von deutschen und österreichischen Truppen besetzt ist. Wie sich der Kohlenimport entwickelte, ist aus folgenden Zahlen ersichtlich (1 Rubel = 16,38 Kilo, 1 Rubel = 3,34 Mk.):

Jahr	1913		1914	
	1000 Rub	1000 Rubl.	1000 Rub	1000 Rubl.
1. Halbjahr	159 814	25 965	198 769	31 802
2. Halbjahr	308 616	49 878	94 551	14 355
Zum ganzen	468 431	75 843	293 350	46 157

Die aus dem Ausland nach Rußland eingeführten Mengen von Steinkohlen ging aus nachfolgenden Ländern ein:

Land	1913		1914		Mehr (+) od. Wenig (-) im Jahre 1914
	1000 Rub	1000 Rubl.	1000 Rub	1000 Rubl.	
Aus Großbritannien	250 541	150 707	—	99 834	39,8
Aus Deutschland (darunter die über die Niederlande eingeführten Steinkohlen)	200 211	125 067	—	75 144	37,5
Aus Oesterreich	5 570	5 182	—	307	7,1
Aus anderen Ländern	11 915	12 394	+	479	4,0

Demnach entfielen auf die Einfuhr Großbritanniens nach Rußland 51,4, Deutschlands 42,6 und Oesterreichs — 1,8 v. H. In noch größerem Grade hat die Einfuhr von Koks aus dem Ausland sich vermindert, sie hat 32 834 000 Rub im Werte von 6 192 000 Rubl. gegen 59 391 000 Rub im Werte von 11 342 000 Rubl. im Jahre 1913 betragen, d. h. es ist im Jahre 1914 Koks um 26 537 000 Rub oder um 44,7 v. H. der Menge nach und um 5 150 000 Rubl. oder 45,4 v. H. dem Werte nach weniger eingeführt worden. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1914 sind über die europäische Grenze 27 561 000 Rub Koks im Werte von 5 238 000 Rubl., in der zweiten Hälfte des Jahres dagegen nur 5 293 000 Rub im Werte von 954 000 Rubl. eingeführt worden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Im Zeichen des Burgfriedens“

liest „Der Arbeiter“ (Nr. 12), Organ des katholischen Arbeiterverbandes (Sitz Berlin), seinen Lesern folgende Belehrung auf: „Mitgliederverluste der freien Gewerkschaften infolge des Krieges. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben bei Ausbruch der gegenwärtigen Kriegselendmächte erheblichen Verluste bei der Einwirkung des Krieges eingestiftet. Bis jetzt liegen die Ergebnisse davon von vier größeren Organisationen, und zwar vom Metall-, Textil-, Holz- und Textilarbeiter-

verband vor. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom Juni 1914 bis Ende April 1915. Nach diesen Feststellungen wurden gezählt:

Mitglieder zu Ende	Juni 1914		April 1915	
	absolut	relativ	absolut	relativ
im Metallarbeiterverband	531 991	201 526	207 710	80 435
im Textilarbeiterverband	192 465	83 267	133 024	58 560

In neun Kriegsmonaten hat demnach der sozialdemokratische Metallarbeiterverband 240 405, der Textilarbeiterverband 111 275, der Holzarbeiterverband 69 193 und der Textilarbeiterverband 40 455 Mitglieder verloren. Das ist für diese Organisationen ein Gesamtverlust von 467 323 Mitgliedern, also von rund einer halben Million. Da diese vier Verbände im Juni 1914 zusammen 1 055 190 Mitglieder zählten, haben sie während der ersten neun Kriegsmonate fast die Hälfte ihres Mitgliederbestandes eingebüßt. Dabei seien sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu der weiteren Feststellung gezwungen: „Die Mitgliederzahlen und die Einnahmen gehen immer mehr zurück, während die Ausgaben, besonders für die Arbeitslosen, zum Teil noch sehr hoch sind.“ Diese Feststellungen beweisen, welche eine harte Belastungsschraube der Krieg für die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen ist.“

Mit keinem Wort sagt der „Arbeiter“ seinen Lesern, daß in dem „Gesamtverlust“ auch die Sonderkämpfer zu Kriegsdienstleistungen einberufenen Mitglieder enthalten sind! Vom Metallarbeiterverband allein tun über 220 000 Mitglieder Kriegsdienst. Die alle bezeichnet der „Arbeiter“ als „Verlust“. Wahrscheinlich ist das nicht. — Während er auf diese Weise die freigewerkschaftliche Statistik „repariert“, suchen wir in dem in gleicher Nummer des „Arbeiters“ veröffentlichten Bericht über die „Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahre“ vergeblich nach Angaben über die Mitgliederzahl des Verbandes der „katholischen Gewerkschaften“. Nicht einmal die Einnahmen und Ausgaben dieses angeblich „machtvoll erstarften“ Verbandes werden spezifiziert angegeben. Das läßt allerdings „tief blicken“.

Mitgliederzunahme während des Krieges.

Die fünfte kriegsstatistische Erhebung des Arbeiterverbandes am 30. April ergab einen Mitgliederbestand von 15 247 männlichen und 2889 weiblichen Mitgliedern. Seit Beginn des 3. Quartals 1914 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 1721 und die der weiblichen um 1390 gestiegen, trotzdem daß 5250 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Das wesentliche Ergebnis der bisherigen Erhebungen ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Tag der Erhebung	Mitgliederzahl		In Arbeit stehen		Arbeitslos		Anzahl		Summ Mitglieder eingezogen
	männlich	weiblich	absolut	relativ	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
30. April 1915	15 247	2 889	17 136	213	72	107	94	24	5 250
30. Januar 1915	13 388	1 381	14 000	187	80	111	103	22	4 211
2. Dezbr. 1914	11 770	1 048	11 648	517	135	170	110	17	3 628
26. Septbr. 1914	10 502	958	8 024	927	1 835	524	125	25	3 860
28. August 1914	9 991	978	5 988	807	3 124	658	—	—	3 180

Dieses Beispiel beweist, daß auch während des Krieges Mitgliederzunahmen zu verzeichnen sind, — wenn alle Kollegen sich der Agitation widmen.

Ueber die gelben Wertvereine

schreibt der „Evangelische Arbeiterbote“ (Nr. 23): „Der Hauptausgang der gelben Wertvereine hat am 14. und 15. Mai in Berlin eine Versammlung abgehalten, über die das Organ der Kruppischen Gelben, „Der Wertverein“ (Nr. 21, 1915) unter anderem folgendes berichtet:

„In einem eingehenden Bericht befehlet Herr Rupp das Vorgehen der Kampforientierten auf sozialpolitischen Gebiet während der Kriegszeit. Er kam dabei auf die Stellung der Gewerkschaften zum Arbeitsnachweiswesen, zur kommunalen Arbeitslosenversicherung, zu den Einigungsämtern im Bergbau, zu der Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen der landwirtschaftlichen und staatlichen Arbeiter, zur Nachsichtspflicht der Berufsvereine, zur Anerkennung der unabhängigen Berufsvereine als gegebene Vertretung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens gegenüber den Behörden und der Regierung zu sprechen und erläuterte den Standpunkt der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung zu dieser Frage. Wesentliche Mitteilungen über diese Verhandlungen verbriefen sich im Zeichen des Burgfriedens von selbst.“

Wenn die gelben Wertvereine über ihre Stellungnahme zu den erwähnten Arbeiterforderungen nicht öffentlich berichten wollen, so wird man in den Kreisen der organisierten Arbeiter dennoch darüber im klaren sein, was die gelben Wertvereine wollen. Aus früheren Verlautbarungen der gelben Wertvereinsblätter hat die Öffentlichkeit schon erfahren, daß die gelben Wertvereine in der Frage der Einigungsämter wie des Arbeitsnachweiswesens auf Seiten der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen stehen. Das genügt, um auch über die Verhandlungen und Beschlüsse in Berlin sich ein richtiges Bild zu machen.“

Vor 14 Tagen brachte der Kruppische „Wertverein“ eine Versammlungseinladung des Bodumer Bezirksverbandes. Da hieß es, nach dem Kriege seien härtere wirtschaftliche Kämpfe zu erwarten!!! Auf welcher Seite die Gelben kämpfen würden, jagte der Einsender nicht, aber wir werden es ja noch früh genug erfahren.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Welche außerordentliche Entwicklung der Zentralverband deutscher Konsumvereine in den letzten zwölf Jahren, von 1903 bis 1914, genommen hat, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Zahl	1903		1914	
	absolut	relativ	absolut	relativ
Zahl der angeschlossenen Vereine	655	—	1 149	—
Zahl der Mitglieder	575 440	—	1 729 858	—
Zahl der beschäftigten Personen	7 081	—	30 522	—
Umsatz im eigenen Geschäft	160 023 079 Mk.	—	665 064 768 Mk.	—
Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren	19 712 751	—	131 425 271	—
Kassen- u. Bankbestände, Wertpapiere	10 112 133	—	100 981 897	—
Warenbestände	19 183 511	—	67 125 824	—
Inventar und Maschinen	3 686 656	—	19 868 624	—
Grundbesitz	22 995 482	—	119 318 021	—
Eigenes Kapital	17 766 091	—	77 511 134	—
Einsparungen und Hausanteile	9 018 527	—	113 204 409	—
Hypotheken	12 061 983	—	52 550 829	—

Die dem Zentralverband angeschlossenen Vereine haben auch in der Kriegszeit verhältnismäßig gut durchgehalten. War es doch möglich, die riesigen Lücken, die durch die Einberufung zum Kriegsdienst und die verminderte Kaufkraft der Zurückbleibenden entstanden, einigermaßen auszufüllen. Traten doch trotz Fehlens jeder Propaganda in den fünf Kriegsmonaten des vorigen Jahres den Vereinen des Zentralverbandes 80 850 neue Mitglieder bei, während der Umsatz nur um reichlich 3 Prozent zurückging. Die Eigenproduktion zeigte sogar noch eine bemerkenswerte Steigerung. Auch die Sparkassen der Vereine hielten sich vorzüglich; am Jahresstichtage 1914 war der Einlagebestand mit 70 300 592 Mk. noch um mehr als 4 1/2 Millionen Mark höher als Ende 1913. Für den Gewerkschaftler sind diese Zahlen nicht nur als Konjunkturfreudlich, sie geben auch die Möglichkeit dafür, daß die in Konsumgenossenschaftlichen Betrieben tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen — Ende 1914 waren es bereits über 80 000 — im allgemeinen nach wie vor zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen konnten und nicht unter der Inflation der Erzeugnisse zu leiden brauchten.

Ein sonderbares Verhalten britischer Genossenschaftler.

Dem zu Pfingsten in Leicester abgehaltenen britischen Genossenschaftstage lag folgender Antrag der Leiter der britischen Genossenschaftsdruckerei vor:

„Da das erste Gebot der Genossenschaftlichkeit die strikte Beachtung der Grundregeln der Menschlichkeit ist, und da diese Regeln von Deutschland grüßlich verletzt sind, hebt die Genossenschaftsbewegung unseres Landes offiziell jegliche Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung in Deutschland so lange auf, bis die Genossenschaftler letzteren Landes deutlich zu erkennen geben, daß sie die unmenschlichen und barbarischen Verordnungen, welche ihre Regierung begangen hat, verdammen und verabscheuen.“

Ein Bericht über das Schicksal dieses von völliger Verkennung der in deutschen Genossenschaftskreisen herrschenden Anschauungen zeigenden Antrags liegt noch nicht vor. Offenbar ist er abgelehnt worden. In Deutschland, wo nach der Verleumdung der anarcho-syndikalistischen „Deutschen“ für die „Berner Tagwacht“ und ähnlicher Organe angeblich der „Kaiserismus“ und „Chauvinismus“ alles überstülpt hat, enthalten sich auch unsere Genossenschaftler eines Vorgehens, das die internationalen Völkerverbindungen auch über den Krieg hinaus schädigen kann.

Internationale Rundschau.

Bergarbeiterstreiks in Belgien.

Vorige Woche berichtete die deutsche Presse: „Die Bergarbeiter der Gruben Charbonnages des Francs, Franz Von-Duveau, Charbonnages des Bonnelles, Sorlez und Wacconier und auch die Bergarbeiter in Zemppe für Meuse, Namur-Grande und Gerain sind in den Streik getreten. Ihnen schlossen sich die Gruben Watteric, Gérard-Tosse und Wanne an. Ebenso die Arbeiter in den Zinnbetrieben von Dugrée-Marbais und Codrill. Mehrfach ist es zu Madonnen gekommen, an denen hauptsächlich die jugendlichen Arbeiter beteiligt waren. Die Forderung ist allenthalben Erhöhung des Lohnes, billigere Lebensmittel. Wie dem „Nieuwen Rotterdamischen Courant“ geschrieben wird, sind die Arbeiter in großer Erregung über die Menge seiner Waren und Bekleidung, die in allgegenwärtiger Menge in den Schaufenstern der Feinbäckereien, Konditoreien usw. ausgestellt sind. Sie fragen sich, wie das möglich ist, während sie nicht einmal genügend Brot haben. Das Komitee der sozialistischen und der unabhängigen Arbeiterverbände des Arrondissements Verviers hat einen Aufruf an die arbeitende Klasse und die gesamte Bevölkerung erlassen, in dem es heißt:

„Wir alle bedauern tief die regellosen Arbeitseinstellungen und erziehen die provinziellen, gemeindlichen Behörden, Unternehmerverbände usw., die Ursachen zu prüfen und mitzuwirken für Verbilligung der notwendigsten Lebensmittel, als Brot, Kartoffeln, Speck usw. Die Unternehmer haben bereits versprochen, für einen Brotlohn von 300 Gram an zu sorgen, und hoffen, daß ihnen das gelingt. Wir hoffen, daß sie auch bezüglich Lohn und Arbeitszeit etwas tun werden. Andererseits sind die Vertreter der Arbeiter mit den Behörden in Verbindung getreten wegen Feststellung eines allgemein gültigen Preises für das Mehl, das man hofft, beschaffen zu können.“

Der Aufruf schließt mit dem Appell an den gesunden Verstand der Arbeiter und ihre Liebe zu ihrem Lande, um Ruhe zu bewahren und zu bebenden, welches die Folgen von ferneren Unruhen sein könnten. Das Komitee beschwört alle Arbeiter wie Unternehmer und jeden einzelnen, das Seine zu tun, um Differenzen und Unglück zu vermeiden.“

Was inzwischen aus der Bewegung geworden ist, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Die Lage der französischen Bergleute

wird gekennzeichnet durch folgende Notiz, die wir in der deutschen sozialdemokratischen Presse finden:

„Die „Détailleur Syndicaliste“ (gewerkschaftliches Zentralorgan) vertritt in mehreren Artikeln die Sache der Bergarbeiter. Das Unternehmertum hat sich trotz der erhöhten Verkaufspreise die Situation gründlich zunutze gemacht und überall Lohnkürzungen und andere Verschlechterungen durchgebrückt. Einige Gewerkschaften der Bergarbeiter haben dagegen schon energisch protestiert, doch hat all das bisher nichts gebracht. Die größte Unzufriedenheit aber wird dadurch herbeigeführt, daß das erst seit kurzer Zeit in Kraft getretene Pensionsgesetz für die Bergarbeiter nicht dem Sinne und Wortlaut des Gesetzes nach durchgeführt wird. Die verschiedenen, durch das Gesetz vorgesehenen Zustände sehen zwar auch Arbeitervertreter vor, doch sind die Vertreter der Regierung und der Unternehmer natürlich in der Mehrheit und daher kommt es, daß die Bergarbeiter vergebens auf die vollen Vorteile des Gesetzes warten. Die Forderung der Bergarbeiter des Loire-Beckens hat schon die verschiedensten Schritte unternommen, bisher allerdings ohne Erfolg. Das Verhalten von Regierung und Unternehmertum ist um so verwunderlicher, als der größte Teil des französischen Bergbaues in dem von den Deutschen besetzten Gebiete liegt, so daß der unter der französischen Herrschaft stehende Teil für das Land um so notwendiger ist. Es bleibt abzuwarten, ob die jetzige Propaganda der Bergarbeiter Regierung und Unternehmer zum Einlenken betanlassen wird.“

Demnach befinden sich unsere französischen Kameraden in keiner besseren wirtschaftlichen Lage wie die Bergleute in Deutschland. Was aber speziell das Pensionsgesetz anlangt, so sind die Bergleute in Deutschland insofern besser gestellt als ihre französischen Berufsgenossen, als die knappschaftliche Versicherung (in Preußen durch ein besseres Gesetz) infolge des Krieges erweitert und verbessert wurde. Wir empfehlen den französischen Kriegsjournalisten à la Corbe, Vaillant und Genossen, die Energie, welche sie aufbieten, um die „Welt von dem Kaiserismus zu befreien“, zu verwenden für die Befreiung der französischen Bergleute von dem Gesetzesverhöhnenden Kapitalismus und seinen Helfershelfern in der Regierung. Mit der „Freiheit und Kultur“ in einem Lande ist es nicht weit her, wenn dort sogar jetzt die Bergleute um die Vorteile eines sozialen Fürsorgegesetzes gebracht werden.

Knappschaftliches.

Abänderung des preussischen Knappschafts-Kriegsgesetzes.

Die in der vorigen Nummer mitgeteilten Anträge fanden am 8. Juni in der Handels- und Gewerbekommission des preussischen Landtages zur Vorberatung. Die Abgeordneten Brust und Sue begründeten in ausführlicher Weise ihre Anträge. (Der Antrag Sue lag nun vor als Antrag aller sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder. Brust und Genossen.) Dann erklärte der Herr Regierungsvertreter, Herr Geheimrat Oberbergzeit Neuf, die Regierung könne zu den Anträgen noch keine Stellung nehmen. Es sei eine finanztechnische Erhebung angeordnet, um festzustellen, wie hoch die Belastung der Knappschaftsvereine im Falle der Annahme der vorliegenden Anträge würde. Sämtliche übrigen Parteimitglieder erklärten sich mit der Tendenz der Anträge einverstanden, schlugen aber Vertagung der Beschlußfassung oder Annahme einer Resolution vor für den Fall, daß die regierungsjährigen Erhebungen nicht vor dem nahe bevorstehenden Landtagschluß abgeschlossen seien. Der Regierungsvertreter erklärte, an einen Abschluß und eine druckfertige Durcharbeitung der Erhebungen sei vor Landtagschluß nicht zu denken. Darauf einigte sich die Kommission auf die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen:

1. Erhebungen darüber anzustellen und baldigst dem Abgeordnetenhause vorzulegen: wie hoch sich die finanzielle Belastung für die Knappschaftsvereine belaufen würde,

2. wenn der Antrag Brust und Genossen (Drucksachen Nr. 730) in folgender Form Gesetzeskraft erlangt:

Artikel I. Dem § 8 des Knappschafts-Kriegsgesetzes werden folgende Bestimmungen angefügt: Haben Versicherte, die während des gegenwärtigen Krieges Kriegsdienst, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten und infolge Leistung dieser Dienste arbeitsunfähig werden, mit dem auf die Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monaten (§ 5 Satz 2) die Wartegeld (§ 30 Abs. 3 des Knappschafts-Kriegsgesetzes) nicht erreicht, so sind ihnen auf Antrag die von ihnen zur Pensionskasse gezahlten Beiträge zu erstatten. Wenn Versicherte infolge der während des gegenwärtigen Krieges geleisteten Kriegsdienst, Sanitäts- oder ähnlicher Dienste zu Tode kommen, in diesem Falle eine Frau oder Kinder,

Vater oder Mutter hinterlassen und von denselben Ansprüche auf Pensionsleistungen nicht geltend gemacht werden können oder die ihnen gezahlten Militärhinterbliebenengelder auf die Pensionsleistungen angerechnet werden, so sind diesen Hinterbliebenen auf Antrag die von den verstorbenen Versicherten zur Pensionskasse gezahlten Beiträge zu erstatten. Bei Festsetzung der Beiträge dürfen die bereits gezahlten Pensionsleistungen in Abzug gebracht werden.

Artikel II. Die Vorschriften der §§ 9, 10 und 11 des Knappschafts-Kriegsgesetzes finden auch auf dieses Gesetz Anwendung.

B. wenn der Antrag Braun und Genossen (Drucksache Nr. 738): „Militärhinterbliebenengelder, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, dürfen auf die Renten der Witwen und die Beihilfen zur Erziehung der Kinder (§ 30 Abs. 1, Ziffern 2 und 3 des Knappschafts-Kriegsgesetzes vom 17. Juni 1912) nicht angerechnet werden“, ebenfalls Gesetzeskraft erlangt.

II. Eventuell einen Gesetzentwurf im Sinne dieser Anträge vorzulegen, in welchem ihre rückwirkende Kraft von Beginn des gegenwärtigen Krieges an festgelegt wird.“

Mikstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Adler (Kupferdreh). In den Vorabenden der Sonn- und Feiertage muß hier die Morgenschicht in der Regel noch eine Nebenschicht verfahren. Dafür erhalten die Arbeiter aber nicht die entsprechenden Vorkarten. Woran liegt das? Obwohl Leutemangel herrscht, sind schon Arbeiter gekündigt worden. Wiederholt traf die Kündigung ältere Arbeiter, deren Schicht hier beschäftigt waren, aber ablehnen wollten. Wenn der Junge geht, muß danach auch der Alte folgen. Das ist ein Verbrechen, das die schärfste Mißbilligung verdient. Ein Arbeiter der Weisefabrik hatte in einem Monat 38 Schichten verfahren, erhielt aber auch dafür nur 5,20 Mk. statt 5,80 Mk. pro Schicht. Als er sich beim Betriebsführer darüber beschwerte, meinte dieser, es wären doch 38 Schichten, ob das denn nicht genug wäre. Gewiß, Schichten genug, Lohn aber zu wenig. Ob auf diese Weise der Leberschichtmeister gefördert werden soll?

Beide Bruchstraße. Der Maschinenheizer A. verfehlt hier dem Kesselwärter A. einen Stoß in den Rücken, daß dieser über eine Schiene stolperte, hinfiel und sich am Schenkel verletzete. A., der etwa 70 Jahre alt ist und 38 Jahre auf Bruchstraße gearbeitet hat, begab sich in ärztliche Behandlung. Der Vorfall spricht für sich, so daß sich eine Kritik erübrigt.

Beide Weckerhoff. Hier müssen die Arbeiter, wenn sie die Leberschichten nicht verfahren, von der Bauhölle nach der Wetterhölle fahren, um auszuholen zu können. Kommen sie dort aber einige Minuten früher an, werden sie von den Beamten zurückgejagt. Hierbei ist es schon zu unheimlichen Auseinandersetzungen gekommen, die nicht geeignet sind, den Bergarbeitern zu fördern. Dann wird von der Wetterhölle nur mit einem Korb gefördert, so daß die Ausfahrt ungewöhnlich lange dauert, wodurch den Arbeitern die Schicht im gleichen Verhältnis verlängert wird. Das ist zwar kein direkter, aber indirekter Druck, um die Arbeiter zum Verlassen der Leberschichten zu veranlassen. So etwas sollte doch in einem staatlichen Betrieb nicht vorkommen.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dubweiler. Wie überall, so erfolgt auch hier die Ausgabe der Zugschulden durch die Verwaltung. Der Steiger Neurohr machte am 31. Mai bekannt, daß die Vorkarten in Empfang zu nehmen wären. Da die Verteilungsstelle überfüllt war, jagten sich eilige Kameraden: „Wir fahren und holen unsere Vorkarten morgen.“ Als am anderen Tage die Kumpels ihre Vorkarten verlangten, schrie Steiger Neurohr sie an: „Ihr Lubats, ich werfe euch die Vorkarten hinaus, dann könnt ihr sie euch aufsuchen.“ Etwas mehr Mäßigung wäre da wünschenswert.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Essener „Arbeiter-Zeitung“

Hat uns die Freude gemacht, ihren Lesern einige anerkennende bürgerliche Beschlüsse zu unserem Leitartikel: „Wir halten zusammen“ (Nr. 2) der „Bergarbeiter-Zeitung“ mitzuteilen. Gute Freunde und getreue Nachbarn haben uns zugeführt, die „Arbeiter-Zeitung“ wolle dadurch uns des „Leberpatriotismus“ bezichtigen. Das halten wir schon deshalb für ausgeschlossen, weil die „Arb.-Ztg.“ sehr wohl weiß, daß sich die „Bergarb.-Ztg.“ noch keine verheerende Beschimpfung der gegen uns kriegsführenden Völkern zuschulden kommen ließ, dagegen stets entschieden gegen den kriegshelenden Chauvinismus, ganz gleich wo er erscheint, auftrat. Selbst als das „Welt fraße England“ den höchsten Kurs hatte, hat die „Bergarb.-Ztg.“ in einer Abhandlung, die auch der „Labour Leader“ abdruckte, die ausgezeichneten Eigenschaften der englischen Arbeiterklasse gerühmt; und wir haben es auch — vielleicht zu viel — unterlassen, die Umwandlung zum deutschfeindlichen Chauvinismus, die sich im Kriegsverlaufe innerhalb der ausländischen Arbeiterklasse vollzog, fortlaufend zu schildern. Freilich haben wir nicht unterlassen, unseren Kameraden die weltgeschichtliche Bedeutung des Völkerringens vom deutschen Standpunkt aus zu erläutern. Damit befinden wir uns aber auch, wie wir bereits in Nr. 15 dieser Zeitung nachwies, im Einklang mit der Essener „Arb.-Ztg.“ Wir treten ein für einiges Zusammenhalten aller Volksgenossen während des Krieges, weil wir nur durch Einigkeit der uns angedrohten „Zerschmetterung“ entgehen können und weil selbst schon durch das Verbreiten von Mitteilungen über angebliche „innere Unruhen“ à la „Berner Tagwacht“ die feindliche Kriegslust befeuert, mithin der Krieg verlängert wird. Besteres aber vor allen Dingen ist zu verhindern, vor diesem Gebot müssen alle anderen Bestrebungen zurücktreten.

Daß uns die „Arb.-Ztg.“ wegen dieser Befinnung des „Leberpatriotismus“ zeihen könnte, ist nicht zu glauben, denn sie selbst verurteilte am 5. August an leitender Stelle als ihr Programm:

„Verteidigung unseres Landes! Nieder schlagen seiner Feinde!“

Damals hatten noch nicht England, Japan und Italien die Waffen gegen Deutschland ergriffen. Ernst zu nehmende Vorkarten werden nicht behaupten wollen, im Juli 1915 sei die Zahl unserer Feinde weniger bedrohlich gewesen als im August 1914. Um die Mitte des vorjährigen Augustmonats unterschrieb auch der Chefredakteur der Essener „Arb.-Ztg.“ einen Aufruf, in welchem es heißt:

„Das deutsche Volk ist durch rachsüchtigen Ueberfall zum Kriege gedrängt. Um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes, des Deutschlands auf dem Erdenrunde, geht es, und unser ganzes Volk wehrt sich in einen heiligen Krieg! Alle Gegensätze, alle Unterschiede fallen, nur eines gilt zur Stunde: das Vaterland!“

Kann man sich vorstellen, daß ein Kollierte, der im August 1914 solche Worte unterschrieb, im Juli 1915, nun die Zahl unserer Feinde enorm gewachsen ist, eine Mahnung zum Zusammenhalten als „Leberpatriotismus“ bewertet? Da schämen wir den gesunden Menschenverstand doch höher ein. Welch außerordentlich hohen Wert gerade die Essener „Arb.-Ztg.“ auf die Vermeidung innerer Unruhen während des Krieges legt, hat sie bewiesen, als sie am 25. August 1914 schrieb:

„In unserem Bezirk ist bekanntlich seit einigen Tagen die Zensur verschärft worden, nachdem am Sonntag eine Konferenz der in Frage kommenden Herren Bürgermeister usw. zur Teilnahme des Herrn Regierungspräsidenten stattgefunden hat. Die Maßnahme soll die Beunruhigung der Bevölkerung verhüten.“

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Maßnahme auf die Befürchtung zurückführen, die ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit (in Elberfeld-Warmen ca. 15 000 Arbeitslose!) werde die notleidende Bevölkerung zu unflugen Demonstrationen usw. verleiten. Wir halten einstweilen eine solche Befürchtung für grundlos. Aber selbst wenn man sie hegen müßte, gäbe es ein wirksames Mittel, sie zu zerstreuen. Wenn die Behörden überall Hand in Hand mit den Arbeiterorganisationen gehen, um auftauchenden Notstand zu bekämpfen, um Anfeindungen und Unruhe in der Bevölkerung zu verhindern, so werden sie damit stets Erfolg haben. Es gibt keine bessere Sicherheitspolizei im Lande, als die Arbeiterorganisationen! Allerdings ist es Pflicht

des Staates und der Gemeinden, Hinterlassene der Krieger und durch den Krieg arbeitslos Gewordene nicht hungern zu lassen, solange es ausreichend Nahrungsmittel im Lande gibt, und das dürfte ja ziemlich bis zu neuer Ernte der Fall sein. Bislang sind Klagen über das Versagen dieser Hilfe auch noch nicht laut geworden. Aber die ersten Zeiten dauern lang, die verfügbaren Mittel fließen nicht immer so reichlich wie heute, und da gilt es vorzuarbeiten!“

Mithin forderte die „Arb.-Ztg.“ die Behörden sogar auf, zur Vermeidung von Volksunruhen die Arbeiterorganisationen als Sicherheitspolizei zu benutzen. Daher auch kann die „Arb.-Ztg.“ unsere Mahnung zum Zusammenhalten (damit durch die Volkseinigigkeit den ausländischen Feinden die Ausfallsmöglichkeit ihrer „Zerschmetterungspläne“ zum Bewußtsein gebracht wird) nicht als „Leberpatriotismus“ schämen, zumal wir durch Wort und Tat beweisen, daß wir nicht ablassen, mit den zurzeit möglichen Mitteln die Interessen der Bergarbeiter zu fördern. Es will uns auch schon deshalb keine andere Meinung von der „Arb.-Ztg.“ einleuchten, weil uns bekannt ist, daß einer ihrer Redakteure, eine führende Persönlichkeit in der Essener sozialdemokratischen Parteiorganisation, bei einem beherrschenden Vertreter die Auffstellung von eroberten Kanonen zwecks Erhöhung der patriotischen Opferwilligkeit angeregt hat. Die Kanonen sind nicht lange nach dieser Anregung auf dem Essener Burgplatz zur Auffstellung gelangt, wo sie nach zu beschließen sind. Von einer Zeitung, deren Redakteure solche Beweise patriotischer Befinnung erbracht haben, anzunehmen, sie bemerke jetzt eine Mahnung zum Zusammenhalten der Volksgenossen als „Leberpatriotismus“, dazu werden uns alle flüsternden guten Freunde und getreuen Nachbarn nicht bewegen.

Erfolge der Hausagitation.

Die Funktionäre der Zahlstelle Selm im Münsterlande haben in der vorigen Woche eine Hausagitation vorgenommen. Resultat: 22 Neuaufnahmen. Weiter erklärten vier Kameraden, die zum Teil aus Verzögerung ihre Beitragszahlung eingestellt hatten, nunmehr ihre Beiträge weiter zahlen zu wollen, weil sie inzwischen zur Erkenntnis gekommen sind, daß es ohne Verband noch viel schlechter um die Bergarbeiter bestellt sein würde, wie es ohnehin schon ist. Diese Erfolge der Zahlstelle Selm beweisen, daß auch in der Kriegszeit die Kleinagitation nicht zu ruhen braucht, sondern daß dieselbe, wenn sie richtig eingeleitet und organisiert wird, auch gute Früchte trägt. Möge das hier mitgeteilte Resultat auch die übrigen Zahlstellen anspornen, nicht zurückzulassen. Wo der Wille vorhanden ist, da ist auch stets ein Weg gefunden worden. Das gilt vor allem auch in unserem gesamten Verbandsleben.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 25. Woche (vom 13. bis 19. Juni 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Eintrittsgeld betreffend.

Die Bestimmung des § 9 Abs. 2 unseres Statuts erstreckt sich auch auf die aus dem Krieg zurückkehrenden Kameraden, welche nicht aktiv gebient haben. Alle jetzt oder später aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Kameraden können also Mitglieder werden, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, falls sie innerhalb zwei Monaten nach ihrer Rückkehr dem Verbandsbeitreten.

Hochlarmark. In die Zeitungshäuten und Viertel-Taffierer. Die Abrechnung findet vom Juli ab jeden letzten Sonntag im Monat von 2 bis 3 Uhr nachmittags statt.

Bibliotheken.

Hochlarmark. Die Bibliothek befindet sich jetzt in der Wirtschaft 26. Ruhig und ist jeden 1. und 3. Sonntag von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
Vertlich. Vom 21. bis 27. Juni.
Hochlarmark. Vom 17. bis 30. Juni.

Adressenveränderungen.

Langendree I. Der Kassierer Hermann Fahrweg verzieht am 1. Juli von Unter 8 nach Hauptstr. 170.
Langtrop-Hochlarmark. Der Vertrauensmann Michael Gorong wohnt jetzt in Horstmar, Kreisstr. 89.
Saarrevier und Lothringen. Die Wohnung des Bezirksleiters Rudw. Getterich befindet sich von nun an in Saarbrücken III, Mainzerstraße 48.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beiträge ein:

- a) In bar: Zahlstelle Weidrich II (Bez. Oberhausen) 8,60, Necklinghausen-Süd II (Bez. Necklinghausen) 11,—, Margloh II (Bezirk Oberhausen) 8,20, Weidrich I (Bez. Oberhausen) 14,40, Sinnen (Bezirk Necklinghausen) 2,—, Oberhausen III (Bez. Oberhausen) 10,—, Dreier (Bez. Necklinghausen) 5,85, Adenrade (Bez. Oberhausen) 5,— Mk.
 - b) Freiwilliger Beitrag v. Knappschaftsälteste n: R. Lütje-Warney in Durckholz 18,—, L. Mai-Bladbed 25,—, G. Andree-Altenböge 10,— Mk.
- Berichtigung: In Nr. 17 unserer Zeitung muß es statt Hochlarmark heißen: Altenbochum 50,— Mk.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- Karl Zielaslo, Notthausen.
- Friedrich Kustrieb, Notthausen.
- Ernst Twimie, Hohnborn.
- Willi Schormann, Gierswalde.
- Johannes Schubert, Müldich.
- Karl Baum, Dortmund V.
- Raul Ahrens, Leithe.
- Dakar Kühnbaum, Gelsenkirchen VI.
- August Wachholz, Gelsenkirchen VI.
- Andreas Weselowski, Wanne.
- Otto Neumann, Frintrop.
- Edo Middelborg, Kirchhörde.
- Fritz Ebersold, Kirchhörde.
- Ernst Wenzel, Bochold.
- Jacob Leonhardt, Groß-Settlingen.
- Matthias Müller, Kernal.
- Georg Schmidt, Waltringhausen.
- Raul Sumel, Oberwirdingh.
- August Söbels, Waltrup.
- Gustav Spring, Lüdenu.
- Johannes Müller, Erkensdöw.
- Heinrich Sahbad, Essen-Ruhr.
- Franz Heibel, Eigen.
- Ernst Gödel, Waldmohr.
- Franz Simon, Herringen.
- Nichard Wilmel, Herringen.
- Karl Kamlot, Herringen.
- Emil Rabemann, Warmke.
- Ludwig Altmann, Wülferheim.
- Emil Schröder, Bochum III.
- August Kohl, Bochum III.
- Karl Popp, Marienthal.
- Hermann Bolze, Schönebeck.
- Stanislaus Wiez, Witterfeld.
- Mag. Wetner, Witterfeld.
- Wilhelm Halle, Witterfeld.
- Otto Wille, Witterfeld.
- Otto Pöschke, Raundorf.
- Wolff Richter, Wilschbü.
- Albert Guspoharel, Hamm.
- Kaspar Schmitz, Amberbedermark.
- Raul Weinhold, Samburg I.
- Anton Zeilinger, Samburg I.
- Josef Stefel, Samburg I.
- Josef Krauß, Samburg I.
- Josef Kleuß, Samburg I.
- Louis Lente, Massen II.
- Paul Fröhlich, Oberplanitz.

Achtung Knappschaftsälteste!

Kommission Bochum
Sonntag, 20. Juni, nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Wieshoff in Heben bei Witten, Bergstraße 91: Quartals-Sitzung.

Kommission Essen
Sonntag, 20. Juni, vorm. 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gähler (Restaurant „Groß-Essen“) in Essen, Eitelstraße 17: Quartals-Sitzung.